

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Lukrezia Jochimsen,
Dr. Petra Sitte, Volker Schneider (Saarbrücken), Elke Reinke und der
Fraktion DIE LINKE.**

– Drucksache 16/5139 –

Kommerzialisierungstendenzen im Schulwesen stoppen – Bildungsteilhabe für alle Kinder und Jugendlichen sichern

A. Problem

Das deutsche Schulsystem verschärft soziale Ungleichheiten statt allen Kindern und Jugendlichen die Teilhabe an Bildung zu ermöglichen und führt zu Kommerzialisierungstendenzen im Schulwesen. Mangels öffentlicher Förderangebote und durch die Aufhebung der Lernmittelfreiheit erfährt z. B. die private Nachhilfe einen Bedeutungszuwachs. Darüber hinaus ist ein Anstieg der Schülerzahlen an Privatschulen, welcher mit einer sozialen Sortierung der Schülerinnen und Schüler einhergeht, zu beobachten.

Die Bundesregierung nimmt ihre bildungspolitische Verantwortung nicht wahr, dieser Entwicklung zu begegnen, sondern hat im Zuge der Föderalismusreform wesentliche Zuständigkeiten an die Länder abgegeben.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, kurzfristig durch Änderungen im Umsatzsteuerrecht, die Besteuerung kommerzieller Bildungsdienstleister zu beenden. Sie soll ferner auf die Länder einwirken, die Aufhebung der Lernmittelfreiheit rückgängig zu machen und für eine sozial ausgewogene Mittagsverpflegung der Kinder und Jugendlichen zu sorgen. Weiterhin soll das Grundgesetz und die übrige Rechtsordnung so geändert werden, dass mit Privatschulen kein Gewinn erzielt werden kann. Letztlich soll das Ganztagschulprogramm ausgeweitet und der Einfluss von Dritten an den Schulen zurückgedrängt werden.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD,
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion
DIE LINKE.**

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5139.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5139 abzulehnen.

Berlin, den 26. Januar 2009

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Marcus Weinberg
Berichtersteller

Gesine Mulhaupt
Berichterstellerin

Patrick Meinhardt
Berichtersteller

Cornelia Hirsch
Berichterstellerin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Marcus Weinberg, Gesine Mulhaupt, Patrick Meinhardt, Cornelia Hirsch und Priska Hinz (Herborn)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5139** in seiner 97. Sitzung am 10. Mai 2007 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Im Antrag der Fraktion DIE LINKE. wird ausgeführt, dass die in Deutschland bestehende Schulstruktur zu einer sozialen Ungleichheit führt, da im Ergebnis der Bildungserfolg mit der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler zusammen hängt. Das deutsche Schulsystem verschärfe soziale Ungleichheiten statt allen Kindern und Jugendlichen die Teilhabe an Bildung zu ermöglichen und führe damit zu Kommerzialisierungstendenzen im Schulwesen.

So sei aufgrund des Mangels an öffentlichen Förderangeboten eine wachsende Bedeutung privater Nachhilfe festzustellen. Dieser Umstand trage ebenso wie die erfolgte Aufhebung und Reduktion der Lernmittelfreiheit zu einer Kommerzialisierung im Schulwesen und somit zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit bei. Viele Eltern könnten die Kosten für die Schulmaterialien ihrer Kinder nicht mehr aufbringen, was auch daran liege, dass die Kosten der Mittagsverpflegung in Ganztageschulen vielfach den hierfür vorgesehenen Anteil des ALG-II-Regelsatzes überstiegen. Festgestellt wurde ferner eine Zunahme der Schülerinnen- und Schülerzahl an Privatschulen. Dieser Umstand gehe vor allem bei kommerziellen Schulträgern mit einer sozialen Sortierung einher. Außerdem füllten vermehrt Unternehmerverbände und private Stiftungen die Lücken in der finanziellen und personellen Ausstattung öffentlicher Schulen, was diese Akteure zur gezielten Eigenwerbung und zur Verankerung eigener Vorstellungen von Bildungsinhalten nutzen würden.

Letztlich nehme die Bundesregierung ihre bildungspolitische Verantwortung nicht wahr, was sich auch darin zeige, dass im Zuge der Föderalismusreform wichtige Kompetenzen des Bundes an die Länder abgegeben worden seien.

Deshalb soll die Bundesregierung aufgefordert werden, durch Änderungen im Umsatzsteuergesetz sicherzustellen, dass kommerzielle Nachhilfeanbieter umsatzsteuerpflichtig seien. So solle die steuerliche Subventionierung privater Bildungsdienstleister beendet werden. Ferner soll die Bundesregierung auf die Länder dahingehend einwirken, dass die Aufhebung der Lernmittelfreiheit zurückgenommen und eine sozial ausgewogene Finanzierung der Kosten für die Mittagsverpflegung für Geringverdienende und Sozialleistungsbeziehende gewährleistet werde. Die bundesweiten Voraussetzungen zur Anerkennung von Privatschulen nach dem Grundgesetz sollten überprüft und dahingehend verändert werden, dass Privatschulbetriebe mit dem vorrangigen Ziel der Gewinnerzielung von der Genehmigung ausgeschlossen würden. Bezüglich der Ausgestaltung des Ganztageschulprogramms sei dafür Sorge zu tragen, dass Zusatzangebote gebührenfrei wahrnehmbar seien. Schulbücher und Lernmaterialien, die Unternehmerverbänden oder privaten Stiftungen zur Eigenwerbung dienen, seien auszuschließen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5139 abzulehnen.

Der mitberatende **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5139 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 38. Sitzung am 13. Juni 2008 ohne Aussprache beraten und empfohlen:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5139 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Berlin, den 26. Januar 2009

Marcus Weinberg
Berichtersteller

Gesine Mulhaupt
Berichterstatlerin

Patrick Meinhardt
Berichtersteller

Cornelia Hirsch
Berichterstatlerin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatlerin